

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 4. Tagung
24. September 2022

Änderungsantrag ÄA 1.4

Antragsteller*innen: IG Nahverkehr, Denis Petri, LAG Klimagerechtigkeit, Dennis Eginger-Gonzales, Marion Platta

Der Landesparteitag möge beschließen:

Nach Zeile 125 wird folgender Spiegelstrich eingefügt:

1 *Das 9-Euro-Ticket war ein beispielloser Fortschritt für die Mobilität von Menschen mit geringem Einkom-*
2 *men. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Berlin gegenüber dem Bund auf die Wiederaufnahme und*
3 *Verstetigung des bundesweiten 9-Euro-Tickets drängt. Die Finanzierung des Tickets kann auch anteilig*
4 *durch den Bund und die Länder erfolgen. Hierfür wie auch für die Finanzierung der gleichzeitigen Ange-*
5 *botsverbesserung streben wir die Erschließung zusätzlicher Finanzierungsquellen, wie beispielsweise eine*
6 *Nutznießer*innenabgabe für Betriebe, in Berlin an.*

7 Begründung:

8 Das 9-Euro-Ticket ist ein Erfolg. In Berlin waren mit rund 4 Mio. verkauften Tickets in den Monaten Juni
9 und Juli überdurchschnittliche Absatzzahlen zu verzeichnen. Das 9-Euro-Ticket ermöglicht eine kosten-
10 günstige Mobilität im Stadtgebiet und auch außerhalb, von der insbesondere Menschen mit geringen
11 Einkommen profitieren. Dadurch werden in Zeiten rapide steigender Verbraucherpreise Menschen mit
12 geringen und mittleren Einkommen gezielt entlastet und zugleich der Umstieg vom Auto zum Umwelt-
13 verbund attraktiver gemacht. Das 9-Euro-Ticket verbindet Sozial- und Klimapolitik. Auch die Nutzung
14 des 9-Euro-Tickets für Wochenendausflüge und Urlaubsreisen, wodurch auch einkommensschwachen
15 Familien, Rentner:innen und Studierenden eine Erholung vom stressigen Alltag ermöglicht wird, ist ein
16 positiver Effekt.

17 Klar ist, dass die Finanzierung eines bezahlbaren ÖPNV nicht zulasten von Investitionen in das weiterhin
18 marode Schienennetz und die Ausweitung des Gesamtangebots erfolgen darf. Der dauerhafte Umstieg
19 vom Auto zum ÖPNV gelingt nur, wenn ein attraktives Netzangebot besteht und das Auto im Alltag als
20 schlechtere Alternative gesehen wird.

21 Außerdem muss sichergestellt werden, dass die verstärkte Nutzung auf besonders nachgefragten Stre-
22 cken nicht zu einer dauerhaften Überlastung der Berufspendler*innen und der Beschäftigten der Ver-
23 kehrsunternehmen führt.

24 Die Ausweitung der Finanzierung des ÖPNV über eine Nutznießer*innenabgabe wurde durch DIE
25 LINKE.Berlin bereits im Wahlprogramm gefordert. Diese ist als Prüfauftrag in der Koalitionsvereinbarung
26 verankert und muss nun verstärkt vorangebracht werden, um die Möglichkeiten der Fortführung des 9-
27 Euro-Tickets zu verbessern.